

Der folgende Offene Brief wurde von Dr. Michael Schiffmann (Dozent am Anglistischen Seminar Heidelberg) und Jindrich Suchy (Student am Philosophischen Seminar Heidelberg) verfasst und nach ausführlicher Diskussion von einer ad hoc gebildeten Initiative, „Lehrende, Universitätsangestellte, Studierende und Bürger*innen für einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza“, gebilligt.

Die Initiative sammelt derzeit Erstunterschriften für den Brief, der dann am 3. Juli 2025 nach einer Pressekonferenz mit diesen Unterschriften veröffentlicht werden und auf einer Website, die um weitere Unterschriften wirbt, online gehen soll. Unterschriften bitte mit Institution, ggf. Titel (Uni-Angehörige) bzw. Beruf und Wohnort (andere) an Michael Schiffmann (mikschiff@t-online.de) oder online durch Scannen des untenstehenden QR-Codes.



Offener Brief von Lehrenden, Universitätsangestellten, Studierenden und Bürger*innen an Bundeskanzler Merz, 19. Juni 2025

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Merz,

die militärischen Angriffe auf den Gazastreifen und die weitgehende Verweigerung humanitärer Hilfe für das Gebiet durch Israel dauern seit nunmehr über 20 Monaten an.

Mindestens 50.000 Menschen wurden gewaltsam getötet und laut medizinischen Fachkreisen fand außerdem eine unbekannte, aber enorme Anzahl von Menschen durch Hunger, Unterernährung und kriegsbedingte Krankheit oder Nichtbehandlung den Tod.

Amnesty International, Human Rights Watch und viele renommierte Völkerrechtsspezialisten bezeichnen Israels Vorgehen mittlerweile als Genozid, während andere Beobachter wie die israelische Menschenrechtsgruppe B'tselem von ethnischer Säuberung, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sprechen.

Neben diesen schrecklichen Begriffen gibt es mittlerweile auch ein neues Wort, das uns als Universitätsangehörige besonders angeht: Scholastizid.

Es bedeutet u. a., dass seit Oktober 2023 kein Kind im Gazastreifen mehr regulär zur Schule gegangen ist, dass über 10.000 Schulkinder und Hunderte ihrer Lehrerinnen und Lehrer getötet wurden und dass Israel mit seinen Angriffen sämtliche Universitäten im Gazastreifen zerstört hat. Mitbetroffen waren unersetzliche Archive, Dokumentensammlungen und Bibliotheken.

Vor diesem Hintergrund ist in den letzten Wochen auch vonseiten westlicher Staaten scharfe Kritik an der Kriegsführung Israels lautgeworden. Auch Sie und die von Ihnen geführte Bundesregierung haben mitunter klar gesprochen – eine Entwicklung, die wir begrüßen und unterstützen.

Aber wie das Beispiel des amerikanischen Präsidenten Joe Biden gezeigt hat, der Israel immer wieder rote Linien setzte, die dann von Israel jedes Mal folgenlos missachtet wurden, reichen starke Worte nicht aus.

Israelische Regierungsmitglieder von Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir, Finanzminister Bezalel Smotrich und Verteidigungsminister Israel Katz bis hin zu Ministerpräsident Benjamin Netanjahu

haben bis heute immer wieder ungeheuerliche Äußerungen getätigt, die nicht nur gegen das Völkerrecht, sondern auch gegen elementarste Prinzipien der Humanität verstoßen.

Leider zeigt das Vorgehen der israelischen Regierung, dass es sich dabei nicht um überhitzte Rhetorik handelt, sondern um Gedanken, die das militärische und politische Vorgehen Israels leiten.

Wir meinen, dass den dankenswerten deutlichen Worten der mächtigsten europäischen Staaten Großbritannien, Frankreich und Deutschland jetzt Taten folgen müssen. Sowohl wegen seiner großen Macht, aber gerade auch wegen der dunklen Perioden in seiner Vergangenheit ist hier vor allem Deutschland gefragt.

Deutschland muss klarstellen, dass die großartige und zeitgemäße Losung „Nie wieder ist jetzt“ für alle gilt. Wir müssen uns gegen Völkermord, ethnische Säuberung, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit einsetzen, ganz gleich, wer diese Handlungen begeht.

Deutschland muss daher jetzt eintreten für:

- Einen sofortigen Waffenstillstand
- Die sofortige Wiedenzulassung der internationalen Hilfslieferungen an Gaza
- Die Freilassung aller israelischen Geiseln im Gegenzug gegen die Freilassung eines Großteils der 10.000 palästinensischen Gefangenen in Israel und den besetzten Gebieten
- Den vollständigen Abzug aller israelischen Truppen aus dem Gazastreifen und ein endgültiges Ende der Kampfhandlungen
- Einen Wiederaufbau des Gazastreifens ohne Vertreibung der Palästinenser und mit internationaler Hilfe

Tatsächlich stand ja genau das in dem Abkommen, das im Januar 2025 unter Vermittlung der USA zwischen Israel und Hamas ausgehandelt wurde und das allen Seiten Erleichterungen brachte.

Leider hat Israel dieses Abkommen im März 2025 einseitig gebrochen, mit katastrophalen Folgen für die Gefangenen auf beiden Seiten, vor allem aber für die Zivilbevölkerung in Gaza.

Auch nach über 20 Monaten verheerender Kriegführung setzt Israel weiterhin auf Gewalt, und diesem Weg der Gewalt muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden.

Zum Glück hat Deutschland viele legitime nicht-militärische Mittel hierfür, unter anderem

- Eine offene Sprache, die Verbrechen als Verbrechen benennt, nicht nur, wenn sie von Hamas oder anderen Gegnern, sondern auch, wenn sie von Israel begangen werden
- Die unmissverständliche Klarstellung, dass ein Bekenntnis der BRD zu Israel niemals auch ein Bekenntnis zu den Verbrechen der jeweiligen Regierung Israels sein kann
- Ein sofortiges Waffenembargo gegen Israel, das zumindest dem Anspruch nach auch rückwirkend für bereits gelieferte Waffen gilt, die ja derzeit immer noch im Einsatz sind
- Die Aberkennung wirtschaftlicher (z. B. EU-Assoziierungsabkommen) und anderer Privilegien, die Israel als nichteuropäischer Staat in Deutschland und Europa genießt
- Zielgerichtete, aber einschneidende wirtschaftliche Sanktionen, solange Israel betreibt, was Menschenrechtsorganisationen als ethnische Säuberung und Genozid bezeichnen

Deutschland, die EU, Europa und die USA können all das einzeln und gemeinsam tun und sich dabei mit der vielbeschworenen internationalen Gemeinschaft zusammenschließen.

Sie als Regierender und Ihre Kolleginnen und Kollegen in Ihrer Regierung kennen sicher noch viele andere praktisch wirksame Mittel.

Wir fordern Sie auf, all diese Mittel zu nutzen und die demokratische Öffentlichkeit über die Ergebnisse zu unterrichten.

Lehrende, Universitätsangestellte, Studierende und Bürger*innen für einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza